

N

Nachhaltiges Wirtschaften ist ein einfaches Konzept: Vorhandene Ressourcen setzt man so ein, dass sie einerseits möglichst viel Ertrag bringen. Andererseits dürfen sie nicht so belastet werden, dass sie zeitweise oder ganz ausfallen. Jede vernünftig organisierte Wirtschaft setzt in diesem Sinne auf Nachhaltigkeit. Was aber, wenn Erträge nur Nebensache sind, Mord aber Hauptzweck ist?

VON SVEN FELIX KELLERHOFF

„Die Leiden und die Brutalität in den Lagern rund um Belzec stellen Pitom und Ramses, bekannte Orte unserer Geschichte, in den Schatten“, schrieb wohl im Spätsommer 1940 Mordka Goldman, Mitarbeiter der jüdischen Selbsthilfe im Distrikt Lublin, nach einer Informationsreise in den äußersten Südosten des Generalgouvernements, wie das vom Deutschen Reich besetzte Zentralpolen seit Ende Oktober 1939 genannt wurde. Er spielte auf zwei biblische Orte an, an denen die Israeliten während der Gefangenschaft in Ägypten hatten Frondienste leisten müssen. Doch rund um das Dorf Belzec war die Lage Goldman zufolge schlimmer als zu vormosaïschen Zeiten: „Damals ging es um die Ausbeutung von Arbeitskräften. In diesem Fall will man, unter dem offiziellen Vorwand, die jüdische Arbeitskraft ausnutzen zu wollen, die Juden schlicht vernichten.“

Bislang gilt in der Holocaustforschung als gesetzt, dass die Entscheidung zum Massenmord 1941 fiel – entweder vor dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni oder nach der endgültigen Ausweitung zum Weltkrieg mit Hitlers Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember. Im Januarheft 2023 der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, übrigens der Jubiläumsnummer (die erste Ausgabe der „VZG“ war Anfang 1953 erschienen), kommt der Aufsatz „Wo Arbeit kein Weg war“ des Osteuropahistorikers Frank Grelka von der Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) zu anderen Ergebnissen: „Im Generalgouvernement verstand die Regierung von Hans Frank (der unumschränkt über das besetzte Zentralpolen herrschte, d. Red.) unter Produktivität eben nicht den planvollen Einsatz jüdischer Arbeiter zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft, wie in anderen besetzten Gebieten.“ Vielmehr ging es Grelka zufolge darum, „die jüdische Bevölkerung insgesamt so schnell wie möglich ihrer Lebensgrundlagen zu berauben“. Mit anderen Worten: Die Zwangsarbeit hier war die „Initialzündung für den Genozid“.

Natürlich ist das nicht völlig neu. Schon 1999 hatte der Londoner NS-Experte Peter Longerich „den Übergang der Judenpolitik zur Vernichtungspolitik“ auf den „Herbst 1939“ angesetzt: „Was das Regime ab 1941 unternahm, war nichts anderes als die Konkretisierung und Realisierung der bereits 1939 anvisierten Vernichtung.“ Der neue Aufsatz unterfüttert diese Deutung jetzt mit umfangreichen Details.

Das könnte den seit Langem währenden Streit über den genauen Zeitpunkt der Entscheidung zum Massenmord an jüdischen Menschen obsolet werden lassen. Zugleich stützt Grelkas Befund die These Hans Mommsens (1930 bis 2015), laut der es eines zentralen Hitler-Befehls „von oben“ eben gar nicht bedurfte, weil die Initiative zum Massenmord gewissermaßen „von unten“ kam.

Mit der Organisation der Zwangsarbeit im Generalgouvernement jedenfalls hat sich der Diktator selbst nie auch nur ansatzweise befasst. Sein Propagandaminister Joseph Goebbels hingegen notierte nach einer Inspektionsfahrt durch ein vorwiegend von Juden bewohntes Armenviertel von Lodz (das wenige Monate später in „Litzmannstadt“ umbe-



Menschen als „Freiwild“: Vier Deutsche, drei davon in Uniform, demütigen 1939 einen orthodoxen Juden im besetzten Polen

Mit „Vernichtung durch Arbeit“ begann der HOLOCAUST

Wann und wie genau die Entscheidung zum Massenmord an Millionen europäischer Juden fiel, ist immer noch umstritten. Einen neuen Weg weist jetzt der Osteuropahistoriker Frank Grelka durch Detailstudien zum besetzten Zentralpolen

annt wurde) Anfang November 1939: „Man muss hier Schnitte tun, und zwar ganz radikale.“ Das war noch, bevor die von der Besatzungsmacht erzwungene Gettoisierung die Lebensbedingungen weiter massiv verschärfte.

Seine Recherchen lassen Grelka zum Schluss kommen: „Der Genozid als organisatorisches Prinzip manifestierte sich seit Beginn der deutschen Besatzungspolitik in der systematischen Verschwendung des Eigentums und der Arbeitskraft polnischer Jüdinnen und Juden.“ Fraglich war nur, in welchem Zeitraum so die angestrebte Auslöschung der polnischen Juden zu erreichen war. Hinweise geben die Verordnung zur „Einführung des Arbeitszwanges für die jüdische Bevölkerung“ vom 12. Dezember 1939, die eine Dauer der Zwangsarbeit von „in der Regel“ zwei Jahren vorsah und bestimmte: „Sie wird verlängert, wenn innerhalb dieser Zeit ihr erzieherischer Zweck nicht erreicht sein sollte.“ Allerdings war dieser „erzieherische Zweck“ nirgends definiert – gemeint war gewiss: der Tod.

Längstens rechnete die Besatzungsverwaltung wohl mit einem Zeitraum bis Ende der 1940er-Jahre, um die „Judenfrage“ in ihrem Machtbereich „aus der Welt zu schaffen“, wie Grelka schreibt. Denn die offizielle Strafandrohung für jene jüdischen Menschen, die sich dem verordneten „Arbeitszwang“ entzogen, betrug zehn Jahre Zuchthaus. Das passt zu einer frühen Feststellung der pol-

So wurden aus Polizisten Massenmörder

Ordnung muss sein – auch und besonders in gewaltsam eroberten und unterworfenen Gebieten. Deshalb wurden im Zuge der Mobilisierung 1939 neben Kampfeinheiten für die Wehrmacht spezielle Polizeibataillone aufgestellt, die zum Einsatz als Ordnungskräfte in besetzten Ländern vorgesehen waren. Die Offiziere und Unteroffiziere, also Kompanie-, Zug- und Gruppenführer, waren aktive Polizisten, die Mannschaften dagegen einberufene Reservisten. In fast allen größeren deutschen Städten bildeten meistens Bürger mittleren Alters die sogenannte Polizeireserve. Militärisch gedrillt wurden diese Einheiten unter anderem im unvollendeten Urlaubskoloss Prora auf Rügen. Diese Polizeiverbände wurden das Personalreservoir für die Einsatzgruppen der SS, die seit dem Sommer 1941 hinter der Front in der Sowjetunion hunderttausendfach mordeten. Auch unabhängig von diesen Todesschwadronen waren Polizeibataillone an Massenverbrechen beteiligt. Zu ihren Aufgaben gehörte 1942/43 die „Auflösung“ von Gettos; die eingepferchten Menschen wurden in Vernichtungslager getrieben. Die Täter hielten ihre Verbrechen nicht geheim. Ein Bremer Polizeireservist, 39 Jahre alt, schrieb an seine Frau: „Die Juden werden gänzlich ausgerottet. Liebe Hanna, mache Dir keine Gedanken darüber, es muss sein.“

nisch-jüdischen Historikerin Tatiana Brustin-Berenstein; sie war dem Holocaust durch Flucht in die Sowjetunion entkommen und hatte überlebt. Schon 1952 konstatierte sie, die Diskriminierung hätte genügt, um die Vernichtung der Juden im Generalgouvernement zu erreichen; offen sei allein gewesen, „wie lange das gedauert hätte“.

Die Lebensbedingungen der jüdischen Zwangsarbeiter waren meist vorsätzlich schlecht, wie der „Vierteljahrshefte“-Aufsatz belegt. Lebensmittel für sie mussten etwa die Judenräte bei den Besatzungsbehörden kaufen, natürlich übersteuert und nicht ausreichend. Auf diese Weise wurden die gettoisierten Menschen auch noch ausgeplündert. Au-



Polen im September 1939: Für den Fotografen warten jüdische Männer mit Besen auf den Abmarsch zur Zwangsarbeit – die selten so harmlos war

ßerdem war die den Zwangsarbeitern abgepresste Leistung vielfach sinnlos – etwa das Ausheben der „Otto-Linie“, eines Panzergrabens entlang der damaligen Grenze zwischen den zeitweiligen Verbündeten Deutschland und Sowjetunion zu einer Zeit, als Hitler den Angriff auf die UdSSR längst befohlen hatte, die Sperre also bald überschritten werden sollte. Die Folge war Massensterben; so kam von 7223 aus Radom deportierten Zwangsarbeitern bis Herbst 1940 fast die Hälfte, nämlich 3483, um.

Es handelte sich um Vernichtung durch Arbeit – und zwar mehr als ein Jahr bevor dieser Gedanke im Protokoll der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 formuliert wurde: „Die Juden [sollen] in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos

ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen.“ Angesichts von Grelkas Ergebnissen wirkt diese berühmte Passage wie eine Zusammenfassung der 1939 bis 1941 praktizierten Mordpolitik im Generalgouvernement.

Die den Tätern aber zu langsam voranging. Der Zeitplan von etwa einem Jahrzehnt, um die „Judenfrage“ im Generalgouvernement zu „lösen“, wurde offenbar bis Spätsommer 1941 verworfen. Jedenfalls fiel im September jenes Jahres die Entscheidung, am vormaligen Standort von Zwangsarbeitslagern für Juden in Belzec eine Mordfabrik zu errichten; die Bauarbeiten begannen Ende Oktober und waren Anfang 1942 beendet. Die beiden zuvor in den westlichen Gebieten der UdSSR praktizierten Methoden der Massentötung, das Erschießen durch Einsatzgruppen aus Polizisten und SS-Leuten (siehe Kasten) und die Verwendung umgebafter Lastwagen als mobile Gaskammern, schienen den Täter zu ineffizient.

Damit trat der welthistorisch einzigartige quasi-industrielle Massenmord an die Stelle der bereits genozidalen Herrschaftspraxis im Generalgouvernement. „Hans Frank trieb seit seiner Amtsübernahme im Oktober 1939 die Frage um, wie man die Anzahl polnischer Juden dezimieren könnte, ohne dazu mehr staatliche Mittel als unbedingt notwendig aufwenden zu müssen“, schreibt Grelka. „Im Kern ging es darum, den Einsatz so zu organisieren, dass die jüdischen Gemeinden finanziell ausbluteten und die jüdische Bevölkerung dezimiert wurde.“ Seine Neudeutung der Zwangsarbeit 1939 bis 1941 im Generalgouvernement zeigt, dass die Stufe zum Morden nicht so hoch war wie bisher angenommen. Es ging eben nicht mehr um die Frage, ob Juden ermordet werden sollten, sondern nur noch darum, wie.

Die Quellenstudien von Frank Grelka in der Jubiläumsnummer der „VZG“ stützen also Hans Mommsens Erklärung, der Holocaust gehe auf eine „kumulative Radikalisierung“ zurück. Es gab zwischen Oktober 1939 und Januar 1941 im NS-Apparat verschiedene Akteure (jeweils einschließlich ihrer Untergebenen), die parallel und unabhängig voneinander die „Judenfrage lösen“ wollten, die Hitlers Rassenwahn aufgeworfen hatte. Neben Hans Frank im Generalgouvernement waren das Arthur Greiser, der NSDAP-Gauleiter des annektierten Westpolens, nun „Wartheland“ genannt, und die zentrale SS-Verwaltung in Berlin unter Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich.

Neue Geschichten aus der Geschichte lesen Sie täglich auf: www.welt.de/geschichte